

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 22.

Montag, den 27. Januar 1913.

20. Jahrg.

Gegen den geplanten neuen Raubzug auf die Taschen der Konsumenten in Form einer Sondersteuer findet morgen, Dienstag, abend im „Gewerkschaftshaus“ eine Volks-Versammlung

statt. Konsumenten! Mitbürger! Erscheint in Massen in dieser Versammlung!

Hierzu eine Beilage.

Wahlrechtsdebatten im Reichstag.

1.

Als erster Initiativantrag, mit dem sich der aus den Wahlen 1912 hervorgegangene Reichstag in der aller-nächsten Zeit beschäftigen wird, gelangt der sozialdemokratische Antrag auf Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für die gesetzgebenden Körperschaften in den Einzelstaaten zur Beratung. Der Antrag lautet:

Der Artikel 3 der Verfassung des Deutschen Reiches erhält folgenden Zusatz:

In jedem Bundesstaate muß eine auf Grund des allgemeinen gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts gewählte Vertretung bestehen. Das Recht, zu wählen und gewählt zu werden, haben alle über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts in dem Bundesstaate, in dem sie ihren Wohnsitz haben.

Die Zustimmung dieser Vertretung ist zu jedem Landesgesetz und zur Feststellung des Staatshaushalts-Gesetzes erforderlich.

Der Antrag ist im Reichstag nicht neu, sondern diese Forderung weist eine Geschichte auf, die bis in die aller-ersten Verhandlungen des Reichstages — sogar bis in die Beratungen des konstituierenden Reichstages für den Norddeutschen Bund — zurückreicht. Und bei dem ungemein starken Interesse, das diese Frage insbesondere in der Gegenwart bei den Arbeitern auslösen muß, sei in kurzen Umrissen eine Darstellung der Behandlung dieser Forderung im Reichstage gegeben.

Um zwei Hauptpunkte gruppierten sich bisher die Wahlrechtsdebatten im Reichstag, einmal um das Wahlrecht zum Reichstag, zum andern um die Forderung nach der Einführung einzelstaatlicher Wahlrechte, die dem Verlangen der Zeit entsprechen.

Was die Frage des Reichstagswahlrechts anbelangt, so fanden die grundlegenden Debatten darüber bereits im konstituierenden Reichstag, der sich mit der Schaffung einer Verfassung für den Norddeutschen Bund beschäftigte, statt. Doch braucht darauf des näheren bei dieser Gelegenheit nicht eingegangen zu werden. Nur auf einen Punkt sei dabei hingewiesen. Es herrscht vielfach die Meinung, daß das bestehende Wahlrecht zum Reichstag, das auf dem Grundsatz der allgemeinen, direkten und geheimen Wahl aufgebaut ist, von Bismarck dem Reichstage ohne weiteres präsentiert worden sei. Das ist nicht zutreffend. Vielmehr war in dem Verfassungsentwurf des Bundesrats nur von einem allgemeinen, direkten Wahlrecht die Rede. Die Vorschrift, daß die Wahl wenigstens im Prinzip auch eine geheime sein müsse, kam erst nach langen Debatten durch einen Antrag Fries, den der Reichstag am 28. März 1867 annahm, in die Verfassung hinein. Bei dieser Gelegenheit fehlte es freilich auch nicht an Versuchen einzelner Abgeordneter, den Entwurf des Bundesrats noch zu verschärfen, insbesondere dadurch, daß man den Begriff des allgemeinen Wahlrechts wesentlich einschränken und auch die indirekte Wahl einführen wollte. Damals hielt Bismarck seine Rede für das allgemeine, direkte Wahlrecht, in der er unter anderem auch das preussische Wahlrecht als das „elendeste und widersinnigste Wahlrecht“ bezeichnete.

Trotzdem nahm aber Bismarck niemals Gelegenheit, dieses Wahlrecht zu ändern oder ähnlich traurigen Wahlrechtszuständen in andern Bundesstaaten an den Kragen zu gehen. Der Reichstag bot der Reichsregierung dazu die Möglichkeit mehr als einmal. Und das bringt uns zur

Betrachtung der Stellung, die der Reichstag in bezug auf die Frage der Gestaltung einzelstaatlicher Wahlrechte einnahm.

Bereits im konstituierenden Reichstag wurde bei der Beratung des Artikels 3 der Verfassung der Antrag Wiggers gestellt, dem Artikel 3 anzufügen:

„In jedem Bundesstaate wird die Gesetzgebung und die Feststellung des Budgets unter Mitwirkung einer aus Wahlen hervorgegangenen Volksvertretung geübt.“

Aber der Reichstag lehnte die Einfügung dieser Bestimmung in die Verfassung am 19. März 1867 ab, ohne daß die Mehrheit der Versammlung ihre ablehnende Haltung begründete. Doch diese Veräurteilung mußte bald nachgeholt werden; denn bereits dem ersten Norddeutschen Reichstag gingen aus Mecklenburg sieben Petitionen zu, deren Beratung am 23. Oktober 1867 die Frage von neuem aufrollte und die Parteien und die Regierungen zu einer Stellungnahme veranlaßte. In jenen Petitionen, die von Magistraten und andern öffentlichen Körperschaften Mecklenburgs unterzeichnet waren, wurde der Reichstag aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, daß die Ständeversammlung und Vertretung in Mecklenburg beseitigt und eine aus Wahlen hervorgegangene Volksvertretung eingeführt werde. Die Petitionskommission des Reichstages hatte dann auch dem Plenum empfohlen, zu beschließen, „dem Bundeskanzler die vorliegenden Petitionen mit der Aufforderung zu überweisen, die geeigneten Schritte zu einer Reform der Mecklenburgischen Landesverfassung im Sinne der Petenten baldmöglichst einleiten zu wollen.“ — In namentlicher Abstimmung wurde aber dieser Antrag mit 106 gegen 102 Stimmen abgelehnt. Ohne weitere Beschlußfassung wurden die Petitionen damit für erledigt gehalten. Wenigstens für die Mehrheit des Reichstages. Nicht für die Mecklenburger, von denen 1869 dem Reichstag wieder sieben, den sieben Petitionen von 1867 gleichlautende, Petitionen zugehen. Über diese Petitionen wurde am 12. Mai 1869 verhandelt. Es wurde — nach einer Rede Bismarcks, der die Hoffnung ausdrückte, daß die Mecklenburger Großherzöge auch ohne ein Eingreifen der Reichskörperschaften die Verfassung des Landes in zeitgemäßem Sinne ausbauen würden — beschlossen, die Petitionen dem Bundesrate zur Prüfung zu überweisen. Mit welchem Erfolg das geschah, beweist, daß am 2. November 1871 den Reichstag folgender Initiativantrag Büsing, der fast von allen liberalen Abgeordneten unterzeichnet war, beschäftigte:

Dem Artikel 3 der Reichsverfassung anzufügen:
„In jedem Bundesstaate muß eine aus Wahlen der Bevölkerung hervorgehende Vertretung bestehen, deren Zustimmung bei jedem Landesgesetz und bei der Feststellung des Staatshaushalts erforderlich ist.“

Wieder gab es lange Debatten, die sich insbesondere darum drehten, ob das Reich überhaupt das Recht habe, in innerstaatliche Verfassungsfragen der Einzelstaaten hineinzureden. Und zwar wurde dieser Zuständigkeits-Einwand in erster Linie von dem Zentrumsführer Windthorst geltend gemacht. Der Reichstag lehnte in seiner Mehrheit die Auffassung Windthorsts ab und nahm in der zweiten Lesung den Antrag Büsing in namentlicher Abstimmung mit 185 gegen 88 Stimmen an. Auch in der dritten Lesung, die am 8. November 1871 vorgenommen wurde, behielt der Antrag eine große Mehrheit. Und bei dieser Beratung war es auch, daß Bebel in einer großzügig angelegten Rede sich gegen den Antrag erklärte. Unser Redner hob mit Recht hervor, daß der Antrag in seiner nichtslagenden Form keine Besserung bedeute, er bringe keine Erläuterung des Begriffs „Wahlen“, er enthalte keine Forderung nach Grundzügen einer zeitgemäßen Verfassung. Damals ging Bebel

schon auf die preussische Wahlrechtsfrage ein, er verwies auf die sächsischen Zustände und zog in den Bereich seiner äggen scharfen Auseinandersetzungen auch die Unzulänglichkeit der Reichsverfassung und den schnellen inneren und äußeren Verfall des deutschen Liberalismus. Wie Pfeilschneide mußten damals die Ausführungen Bebels die Bürgerlichen getroffen haben; denn der damalige Präsident Simson wußte den Reichstag und die Regierung vor der brennenden Kritik des sozialdemokratischen Redners nicht anders zu schützen, als daß er Bebel das Wort entzog.

Wie recht Bebel aber mit seiner Kritik des Liberalismus und des Reichsparlamentarismus hatte, bewies, daß der Bundesrat sich nicht im geringsten um den vom Reichstag angenommenen Antrag Büsing kümmerte und auch keine Miene machte, sich um die Erfüllung dieses Wunsches des Reichstages dann zu bemühen, als der Antrag Büsing am 14. Mai 1873 in zweiter Lesung wiederum mit 174 gegen 62 Stimmen angenommen wurde. Die Regierung rührte sich auch nicht, als derselbe Antrag am 9. Dezember 1874 zum drittenmal in dritter Lesung vom Reichstag gutgeheißen wurde. Aber die Kritik Bebels bewies auch nach einer andern Richtung hin ihre Berechtigung. So wurde bei der ersten und zweiten Beratung des Antrags Büsing am 3. Dezember 1874 ein Verbesserungsantrag Hasselmann und Steiner eingebracht, in dem schon die Einführung allgemeiner und direkter Wahlen für die einzelstaatlichen Volksvertretungen gefordert wurde. Damit war wenigstens der Versuch gemacht, das Eis ein wenig zu brechen. Doch es blieb bei dem Versuch. Der Antrag Hasselmann und Steiner wurde abgelehnt. Immer wieder tauchte dann aber der Antrag Büsing — auf. So 1878 und 1890. Aber beide Male kam der Antrag nicht zur Verhandlung. Ebenso erging es den Anträgen Anker und Genossen und Auer und Genossen, die beide 1893/94 eingereicht wurden.

Erst am 5. Februar 1895 kamen alle drei Anträge zur Besprechung. Und schon an dem Wortlaut der Anträge zeigt sich deutlich die Entwicklung, die diese Forderung innerhalb der Reichstagsfraktionen durchgemacht hatte.

Der Antrag der Nationalliberalen blieb im Wortlaut dem Antrag Büsing gleich.

Die Freisinnigen und Fortschrittler forderten im Antrag Auer:

„In jedem Bundesstaate muß eine aus allgemeinen, gleichen und direkten Wahlen mit geheimer Abstimmung hervorgegangene Vertretung bestehen.“

Und der sozialdemokratische Antrag Auer und Genossen lautete:

„In jedem Bundesstaate muß eine aus allgemeinen, gleichen und direkten Wahlen mit geheimer Abstimmung hervorgegangene Vertretung bestehen. Das Recht, gewählt zu werden und zu wählen, haben alle über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts in dem Bundesstaate, in dem sie ihren Wohnsitz haben. Die Zustimmung dieser Vertretung ist bei jedem Landesgesetz und bei der Feststellung des Staatshaushalts erforderlich.“

In die Augen springend sind die weiterreichenden Forderungen des sozialdemokratischen Antrags. Während der nationalliberale Antrag nur für Mecklenburg eine unbedeutende Verbesserung der dort bestehenden Verfassungsverhältnisse mit sich bringen sollte, hob der freisinnig-fortschrittliche Antrag die einzelstaatliche Wahlrechtsfrage aus dem beschränkten Kreis der Mecklenburger Interessen heraus und machte sie zu einer allgemeinen Frage, deren Lösung für alle Bundesstaaten von Bedeutung werden mußte.

Verlauf (664)
lebender Butt
 am Dienstag,
 dem 28. Januar 1913
 vormittags von 8 Uhr ab an der
Hoffenbrücke, Gutsiner-
brücke u. Hürtterforbrücke

• Komitee- und
 Kommissionssitzungen

D. T. V.
 Vorstandssitzung
 am Dienstag, dem 28. Januar,
 abends 7 1/2 Uhr.

Der Vorstand.
 Für die herrliche Teilnahme und
 zahlreichen Kranzsenden bei der
 Beerdigung unseres lieben Ent-
 schlafenen sagen wir allen, insbe-
 sondere Herrn Pastor Müller für
 die trostreichen Worte unfern im-
 nigsten Dank. (672)
 Lübeck, den 25. Januar 1913.
 Pflömmstraße 13.
 D. Möller Ww. und Kinder.

Eine kleine Wohnung
 zum 1. April zu vermieten.
 (665) **Moising, Am Teich.**
 Zum 1. April eine Zwei-Zimmer-
 Wohnung gesucht, im Bezirk bis
 150 Mk. Angebere unter E C an
 die Expedition dieses Blattes. (679)

zu veräußern: 2000 Stk. Linsen-
 sandstrich auf Federn, 1 Kommode
 (Altkorn), 1 kleiner Koffer. (673)
 W. Eckhorst, Renckfeld, Barmer Str.

Gasampel billig zu verkaufen.
 J. Westphal (539)
 Bau- und Schiffs-Klempner.
 Telefon 1231. Engelswisch 16.

Maskenkostüme
 in großer Auswahl, besonders billig.
 Komme auf Wunsch nach auswärtig.
 (668) **G. Witz, Woburn 71.**

zu veräußern: 2000 Stk. Linsen-
 sandstrich auf Federn, 1 Kommode
 (Altkorn), 1 kleiner Koffer. (673)
 W. Eckhorst, Renckfeld, Barmer Str.

Feine Wälder und sonstige
 geschäufte, braune und
 schwarze. Frau Schlicht, Schwartau,
 Ringwallstraße 17. I. (670)

Hasenelle
 Rein, frisch, sauber, gut usw.

Pferdehaare
 für die Herstellung von
 Bürsten, Pinseln, Bürsten
 für die Reinigung von
 J. L. Würzburg, Woburn 22c.

la. dicke Flomen 80
 bei 1000 Stk. 4 Pf. a 100 Stk.

la. ger. fett. Speck 100
 bei 1000 Stk. 4 Pf. a 100 Stk.

la. ger. mag. Speck 100
 bei 1000 Stk. 4 Pf. a 100 Stk.

la. frische Kochrippen
 la. frische Kopf und Bein
Karl Labritz, Hüttenstr. 14. 16.
 Tel. M. Labritz. (658)

Sozialdemokratischer Verein
 für Steckelsdorf u. Umg.

Mitglieder-Versammlung
 am Dienstag, 28. Jan. 1913
 abends 8 1/2 Uhr
 im Saal des Herrn L. Pactan,
Fackenburg.
 Der wöchentliche Tagesordnung
 halber ist vollständiges Gelingen
 der Mitglieder erwünscht.
 (667) **Der Vorstand.**

Bertha Suttner:
Die Waffen nieder!
 ist jetzt wieder vorrätig.
Buchhandlung Fr. Meyer & Co.
 Johannisstraße 46.

Neue Subskriptions-Gröffnung

Unsere Abonnenten erhalten ein welt-berühmtes Buch für nur 25 Pfennig
Carl Sagenbeck Von Tieren und Menschen

pro Woche in Pfele-
 rungen erscheinend und
 zwar die hochinter-
 essanten Ergebnisse und
 Erfahrungen:



„Ein Volksbuch
 im besten Sinne“
 ist Carl Sagenbecks Werk
 mit Recht genannt worden.
 Es hat den ungeheuren Er-
 folg, den es erzielte, auch
 verdient. Ein Mensch er-
 zählt darin seine Erlebnisse
 u. Erfahrungen, der auf der
 ganzen Erde heimisch ist,
 dessen Interesse sich auf alle
 Arten von Tieren und
 Menschen richtet, der Weit-
 reisender, Tierzüchter und
 Kaufmann in einer Person
 ist. Und er versteht es, seine
 Erlebnisse so interessant u.
 spannend zu schildern, wie
 der beste Roman es kaum
 vermag.

Carl Sagenbeck der Name 1851 vor den Augen die fessam einst andien
 die interessanteste Veröffentlichung, die in den letzten
 Jahren erschienen ist.

80000 Exemplare
 bereits verkauft

Carl Sagenbecks Erlebnisse und Erfahrungen sind aber mehr
 als eine Reihe enorm fessamer und außerordentlich anschaulich ge-
 schildeter Erzählungen. Das Buch gibt vor allem der Lebensgang
 eines Mannes wieder, der aus kleinen Anfängen ein Weltreisender
 geworden ist, und enthält eine Fülle sehr interessanter Lebenserfahrungen.
 Auch für die reiche Jugend bedeutet Sagenbecks Werk ein Buch, wie es
 sich besser nicht denken läßt.
 Von der ersten bis zur letzten Seite hält uns der Inhalt der oft mit zu
 Herzen gehendem Humor vorgetragenem Schilderungen gefangen. Dabei ist
 Carl Sagenbecks Werk kein bloße Unterhaltungserleichter, es ist ein Bildungs-
 element ersten Ranges. Ein neuer „Brehm“ liegt hier vor uns, seiner
 lebhaften Form entfaltet und um die Erfahrungen eines weltumfassenden
 Weltreisenden bereichert.

Das Werk ist auch in einem
 Bande zum Preise von **M. 6.—**
 zu beziehen von der Buchhandlung
Friedr. Meyer & Co., Lübeck.

Bestellzettel
 An die Buchhandlung Fr. Meyer & Co.
 Unterstephne... Lübeck
Carl Sagenbeck, Von Tieren und Menschen
 Best.-Nr. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40.
 Anzahl der Exemplare für 75 Pf.
 Abschluß in eine Lieferung zu machen.
 Preisliste, Komplet in 1 Band für M. 6.—
 (Gegengeldliches ist zu berücksichtigen)
 Name und Stand:
 Genauer Adresse:



Vereinigte Butterhändler
 von Lübeck und Umgeg.
Allerfeinste Meiereibutter
 kostet Pid. 1.50 Mk. (676)

Achtung!
Flußschiffer!

Mitglieder-Versammlung
 am Mittwoch, 29. Jan. 1913
 abends 8 1/2 Uhr
 im „Gewerkschaftshaus“
 Johannisstr. 50-52.
 Tagesordnung:
 1. Wahl.
 2. Verschiedene Verbandsangelegenheiten.
 Um zahlreiches Erscheinen bittet
 (675) **Der Vorstand.**

Kalibergs Variete.
 Letzte Woche
 dieser humorist. Künstler-
 Serie, mit der Barleske
 „Katzenjammer“.

Extra-Angebot
 Valencia-
Apfelsinen
 schön gefärbte, saftige Früchte
 Duzend
20 30 45 65
Rudolph Karstadt.

Deutscher Holzarbeiterverband
 Zahlstelle Lübeck.
Mitglieder-Versammlung
 am Dienstag, dem 28. Januar
 abends 8 1/2 Uhr
 im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.
 Tagesordnung:
 1. Die geführteste Verhandlung und die Kampfvor-
 bereitungen der Arbeitgeber.
 2. Verschiedenes.
 NB. Anschließend an diese Versammlung findet noch
 eine Versammlung der Krankenunterstützungskasse statt.
 (671) **Die Ortsverwaltung.**

Achtung Schneider!
Mitglieder-Versammlung
 am Dienstag, d. 28. Jan. 1913
 abends 8 1/2 Uhr
 im „Gewerkschaftshaus“
 Johannisstraße 50-52.
 Tages-Ordnung:
 1. Das Versicherungswesen der
 Heimarbeiter. Referent: Koll.
 Ströbing, Hamburg.
 2. Kartellbericht.
 3. Bericht von der Vorstandes-
 konferenz.
 4. Abrechnung vom 4. Quartal
 1912.
 5. Verschiedenes.
 Um zahlreichen Besuch, namentlich
 der Heimarbeiter, erucht
 (669) **Die Ortsverwaltung.**

Hansa-Theater.
 Montag, d. 27. Januar.
 Anf. 8 1/2 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.
Schlierseer.
 Zum letzten Male: 674
Aus d. Art geschlagen
 Volksschauspiel in 4 Aufz.
 Nach d. Vorstellung ab 11 Uhr
Kabarett mit Schönheits-
 konkurrenz. Entree frei.
 Dienstag, den 28. Januar.
 Zum letzten Male auf Wunsch:
 's Musikantendeandl.

Verein der Musikfreunde.
 Mittwoch, den 29. Januar 1913
 abends 8 Uhr,
 in der Stadthalle:
17. volkstümliches Konzert
 (Orchester 52 Musiker.)
 Leitung:
 Kapellmeister Wilhelm Furtwängler.
 Solisten: die Herren: Ulrich (Flöte),
 Gerber (Klarinette), Richter (Horn),
 Pannier (Fagott).
 Zur Ausführung kommen u. a.:
 Ouverture zu Prometheus
 L. van Beethoven.
 Coppelia, Ballett L. Delibes.
 Carmen-Suite Nr. 2 G. Bizet.
 Programm im Lübecker Konzert-
 Anzeiger. (666)

Hansa-Theater.
Voranzeige.
 Mittwoch, den 29. Januar:
Volksvorstellung.
50
 auf allen Plätzen
Fauteuil u. Logen 1 Mk.
 (680) **Uraufführung:**
Vater Holzmann.
 Sensationelles Volksschauspiel

Neues Stadttheater.
 Dienstag, den 28. Januar 1913:
 Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr.
 112. B. i. Moll-Ab. 18. B. i. Dienst-Ab.
Gudrun.
 Trauerspiel von Ernst Hart.
 Mittelpreise. (668)
 Mittwoch, den 29. Januar 1913.
 Anfang 8 Uhr. Ende nach 10 1/2 Uhr.
 Außer Abonn. Kleine Preise.
 Auf vielfachen Wunsch:
Autoliebchen.
 Burleske Operette v. Jean Gilbert.
 In Vorbereitung: Juge, Drama
 von F. Traiow und „Der Ring des
 Nibelungen“ von Richard Wagner.

